

„Das ist ein Armutszeugnis“

CDU und GLB kritisieren schleppenden Fortschritt beim geplanten Feuerwehrgerätehaus für Büttelborn

Von Jörg Monzheimer 02.12.2021

BÜTTELBORN. Bei CDU und GLB rumort es. Grund ist der schleppende Fortschritt beim neuen Feuerwehrgerätehaus in Büttelborn. Im Herbst 2016 war – damals noch unter dem bis Juni 2019 amtierenden Bürgermeistermeister Andreas Rotzinger (CDU), der dann von Marcus Merkel (SPD) abgelöst wurde – ein Grundsatzbeschluss für den Bau gefasst worden. Fünf Jahre später sehe man noch nichts, es gab nicht mal einen Spatenstich. „Das ist ein Armutszeugnis“, befand Dieter Arnold (CDU) am Dienstagabend bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von CDU und Grüner Liste.

Was die beiden Fraktionen nun empört, ist der Umstand, dass es seit einem Runden Tisch am 22. Oktober keine Fortschritte gegeben habe. „Es sind vier Wochen ins Land gegangen und es ist nichts passiert“, sagt Thorsten Dietrich. Zu dem Treffen am Runden Tisch war es gekommen, weil CDU und GLB die Reißleine bei den Kosten ziehen wollten. Einschließlich eines Sicherheitspuffers für etwaige Baukostensteigerungen standen für den Bau an der Straße nach Klein-Gerau, der auch das Rote Kreuz und ein Katastrophenschutzfahrzeug des Kreises beherbergen sollte, bis zu 10 Millionen Euro im Raum – aus Sicht von CDU und GLB eine nicht zu verantwortende Größenordnung. „Das kann sich eine Gemeinde wie Büttelborn nicht leisten“, so Arnold.

Am Runden Tisch habe es klare Absprachen gegeben. So sollte das beauftragte Architekturbüro einen reinen Feuerwehrneubau mit sechs Boxen planen, für den es auch schon Entwürfe gab. Außerdem soll-



Kein Fortschritt ist in Sicht beim neuen Büttelborner Feuerwehrhaus, das auf diesem Areal entstehen soll.

Foto: Wulf-Ingo Gilbert

te eine Grobskizze und Kostenkalkulation für eine Containeranlage auf dem Bauhofgelände erstellt werden, in die das Rote Kreuz einziehen soll. Geplant waren zwei Boxen für DRK-Fahrzeuge und eine für den Katastrophenschutz. Zudem sollte in einer Variante mit Sozial- beziehungsweise Besprechungsraum geplant werden. Der dritte Punkt war der Ankauf von rund 2500 Quadratmetern zusätzlicher Fläche. Zumindest den hat die Gemeindevertretung bereits gebilligt.

Zuletzt habe Bürgermeister Merkel erklärt, dass der Runde Tisch mit Blick auf Honorarforderungen der Architektin noch einmal tagen müsse. CDU und GLB halten das für unnötig. Fragen könne man auch in den gemeindlichen Gremien klären. Und dass eine überarbei-

tete Planung noch einmal Geld koste, sei auch klar.

Andreas Peters (GLB) kritisiert ein zu gering ausgeprägtes Kostenbewusstsein der Verwaltung. „Dieser Punkt stört uns ganz gewaltig.“ Die Feuerwehr solle bekommen, was sie brauche – eines Leuchtturmprojekts mit viel Wünschenswertem bedürfe es jedoch nicht. Peters bemängelt auch, dass ein Vertrag nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure abgeschlossen worden sei. Hier verdiene der Architekt an einer höheren Bausumme mit. Der zweite Kritikpunkt von Peters zielt auf den Bürgermeister. Der habe offensichtlich immer noch nicht realisiert, dass er über keine Mehrheit verfüge. „Er geht nur mühsam auf andere Fraktionen zu.“ Irritiert zeigt sich Peters darüber, dass unbe-

dingt eine gemeinsame Lösung für Feuerwehr und DRK gefunden werden solle. Das Rote Kreuz brauche unstrittig eine neue Unterkunft. In Modulbauweise auf dem Bauhofgelände sei dies in neun bis zwölf Monaten möglich. Dann könnte auch die SKV Büttelborn ihr neues Funktionsgebäude bauen. Warte man auf die Feuerwehr, dauere es vier Jahre.

Verwunderung hat bei den beiden Fraktionen auch ausgelöst, dass mit der Errichtung eines stationären Mobilfunkmasts auf dem Bauhofgelände begonnen wurde. „Die Parallelität der Ereignisse ist überraschend“, findet Dieter Arnold.

Thorsten Dietrich hält es für möglich, die Kosten spürbar zu senken. In Büttelborn sei mit einer Boxengröße von 273 Quadratmetern geplant worden, während in Walldorf 198

Quadratmeter angesetzt würden – und die niedrigere Zahl entspreche in etwa auch dem Schnitt bei Neubauten.

Was man nun brauche, seien möglichst noch in diesem Jahr belastbare Zahlen, um am 23. Februar 2022 in der Gemeindevertretung einen Beschluss fassen zu können, waren sich Peters, Dietrich, Arnold und der GLB-Fraktionsvorsitzende Frieder Engel einig. Als angemessene Kosten für Feuerwehr und DRK nannte Peters einen Betrag von zusammen sechs Millionen Euro. Um den Landeszuschuss von etwa 257 000 Euro zu erhalten, müsste der Spatenstich 2022 erfolgen. Da noch der Bebauungsplan geändert werden muss, scheint das kaum möglich. CDU und GLB sind aber zuversichtlich, dass das Land noch mit sich reden lässt.